

A black and white photograph of Donald Trump pointing his right index finger towards the camera. He is wearing a dark suit, a white shirt, and a dark tie. The background is slightly out of focus, showing a large star on the left. A blue rectangular text box is overlaid on the center of the image.

Von
STEPHAN BIERLING

In den USA gewinnen weltanschauliche Thinktanks an Einfluss auf die Politik. Für die Republikaner war die konservative Heritage Foundation lange der wichtigste Ideengeber. Heute wird sie bedrängt von neuen, radikaleren Stiftungen.



Die Trump-Flüsterer

Um die Staatsmacht in den Händen des Präsidenten zu konzentrieren und die Nation umzukrempeln, brauchte es 887 Seiten. So lang ist das Pamphlet „Project 2025“, Donald Trumps inoffizielles Regierungsprogramm. Es stammt aber nicht von seinem Wahlkampfteam oder aus der Republikanischen Partei, sondern von einem Thinktank, der Heritage Foundation.

Thinktanks nennt man meist privatwirtschaftlich organisierte Einrichtungen, die zu politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Themen forschen. Die ältesten dieser Denkfabriken sind das Carnegie Endowment for International Peace (gegründet 1910) und die Brookings Institution (gegründet 1916). 2020 hatten die USA mehr als 2200 Thinktanks, zwei Drittel waren erst nach 1980 entstanden. 148 von ihnen, darunter die größten und wichtigsten, sitzen in Washington, konzentriert auf der Massachusetts Avenue, die deshalb auch „Think Tank Row“ heißt.

Neben forschungsorientierten Stiftungen gibt es Institutionen, die eine weltanschauliche Agenda verfolgen und in die politische Debatte eingreifen. Sie werden als „Advocacy Tanks“ oder politische Thinktanks bezeichnet. „Advocacy Thinktanks sind, obwohl formal unabhängig, mit bestimmten ideologischen Gruppierungen oder Interessen verbunden“, schreiben James McGann und R. Kent Weaver, zwei Experten für diese Einrichtungen. „Sie neigen dazu, ihre Rolle im politischen Entscheidungsprozess eher als Sieg im Krieg der Ideen als als eine unparteiische Suche nach der besten Politik zu sehen, und sie sind häufig mit Nichtakademikern besetzt, die weniger an Grundlagenforschung interessiert sind.“ Der Aufstieg von Advocacy Thinktanks seit den 1970er Jahren veränderte die Politikberatung in den USA dramatisch.



STEPHAN BIERLING lehrt Internationale Politik an der Universität

Regensburg. Zuletzt erschien von ihm „Die Unvereinigten Staaten. Das politische System der USA und die Zukunft der Demokratie“.

Prominente Beispiele auf der Rechten sind das American Enterprise Institute, die Heritage Foundation, das Cato Institute oder das Claremont Institute, auf der Linken das Urban Institute, Human Rights Watch oder das Center for American Progress (CAP). Viele schwimmen im Geld. Allein Heritage verfügt über ein Budget von 100 Millionen Dollar und hat 517 Mitarbeiter, in ihrem Stiftungsrat sitzt das Who's Who der konservativen Bewegung. Das CAP hat 64 Millionen Dollar zur Verfügung und beschäftigt 290 Personen. Lange Zeit war nicht klar, woher Denkfabriken ihre Mittel bekamen. Die *New York Times* klagte 2014: „Was oft nicht bekannt ist, ist die Rolle, die verschiedene Unternehmen – oder sogar ihre Lobbyisten – bei der Bereitstellung von Geld für die Forschungsgruppen spielen.“ Seither verbesserte sich die Lage, aber nach wie vor legen viele politische Stiftungen ihre Spender nicht oder nur teilweise offen.

DASS THINKTANKS in der amerikanischen Politik eine so prominente Rolle einnehmen können, liegt zuerst an der Schwäche der nationalen Parteiorganisationen. Deutschland etwa leistet sich

wie nur wenige Demokratien der Welt große Parteiapparate plus steuerfinanzierte politische Stiftungen. Dagegen sind die US-Parteizentralen Klitschen mit wenigen fest angestellten Mitarbeitern. Parteien kennen dort auch keine verbindlichen Grundsatzprogramme. Jeder Präsidentschaftskandidat lässt am Nominierungskonvent eine eigene Wahlplattform schreiben, die bald vergessen ist. Die Folge: Es gibt ein personales und programmatisches Vakuum, das die neuen politischen Thinktanks zu füllen versuchen. Die wachsende parteipolitische Polarisierung der USA ermöglicht ihnen mehr Einflussnahme.

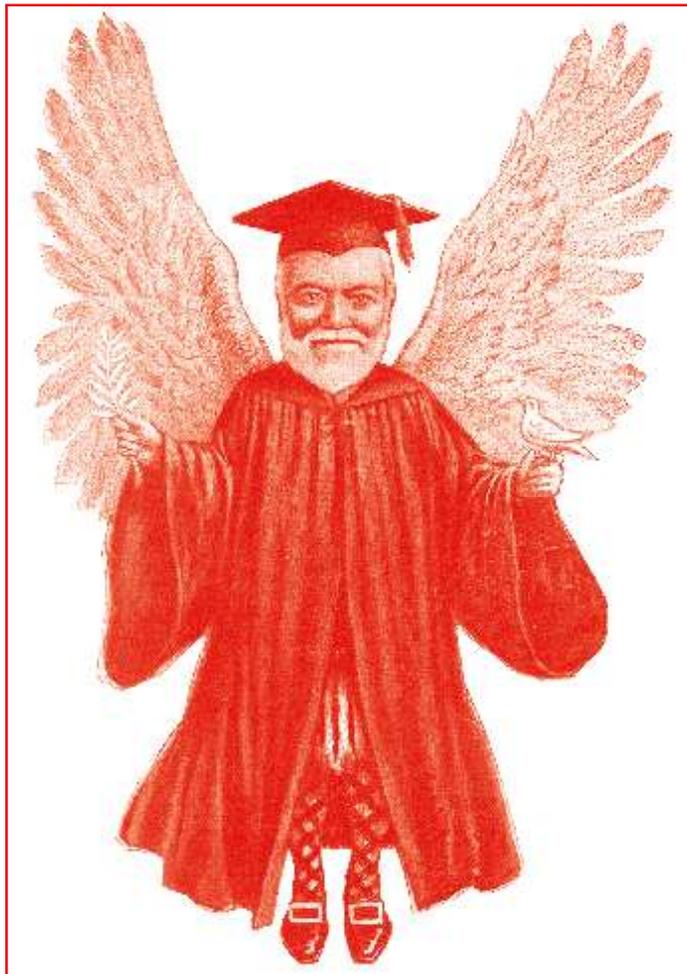
Trump (2016 und 2024) wie Biden (2020) interpretierten ihre knappen Wahlsiege als Mandate für einen grundlegenden Politikwandel. Dafür brauchten sie ideologische Munition und ergebene Gehilfen, beides liefern ihnen die Denkfabriken.

Worin besteht der Einfluss der Stiftungen? Sie speisen Ideen in den politischen Prozess ein bei Anhörungen im Kongress oder direkt im Wahlkampf bei den Kandidaten, versorgen die Medien mit Informationen, vermarkten aggressiv die eigene Weltsicht, stellen Redner für Vorträge und Interviews bereit, halten Workshops und Fortbildungen für Amtsträger und Nachwuchskräfte ab, bieten Politikern im Falle ihrer Abwahl oder eines Regierungswechsels eine Arbeitsstätte und entsenden Mitarbeiter in die Administration. Gerade Letzteres sichert dauerhafte Mitsprache, muss ein neuer Präsident doch 4000 Posten füllen – in Deutschland sind es bei einem Regierungswechsel gerade einmal 400. 2001 berief George W. Bush jr. zum Beispiel 20 Leute des American Enterprise Institute auf hochrangige Positionen. Zwei Dekaden später holte Joe Biden fast 70 Mitarbeiter vom CAP, darunter Ron Klain als Stabschef und John Podesta als Klimaschutzbeauftragten.

Die Stiftungen promoten unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Tätigkeit weltanschaulich ausgewählte und für die politische Agitation nutzbare Informationen. Dabei sind konservative Thinktanks erfolgreicher als progressive, weil sie mehr Spendengeld bekommen. Und: Die Republikanische Partei war wegen ihres geringeren Organisationsgrads offener für ideologische Einflüsse als die Demokratische Partei, in der Gewerkschaften, Schwarzen-Verbände oder Umweltschutzgruppen die Agenda prägen.

Der lange Jahrzehnte erfolgreichste rechte Advocacy Tank ist die Heritage Foundation. Gegründet hat sie 1973 Ed Feulner, ein junger konservativer Aktivist und Mitarbeiter eines republikanischen Abgeordneten, der gegen den linken 68er-Zeitgeist ankämpfen wollte. In Bierbaron Joseph Coors und Bank- und Ölmagnaten Richard Mellon Scaife fand er ideologisch gleichgesinnte, großzügige Sponsoren. Heritage propagierte freie Marktwirtschaft, individuelle Freiheit, Rückbau des Staates, sozialkonservative Werte und eine starke Verteidigung. „Auf einmal“, staunte der Demokratische Senator Daniel Patrick Moynihan 1980, „ist aus den Republikanern eine Partei der Ideen geworden.“

Früh setzte Feulner auf Ronald Reagan als künftigen Präsidenten. Als der 1981 tatsächlich ins Weiße Haus einzog, hatte Heritage fortan direkten Zugang zur Macht. Bei seiner ersten Kabinettsitzung ließ der Präsident das 1093 Seiten starke Pamphlet „Mandate for Leadership“ an alle Minister verteilen, in dem die Stiftung ihre Ideen für eine konservative Revolution ausbreitete. Ihr Einfluss war so groß, dass sich der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow beim Gipfel mit Reagan 1985 beklagte, der Präsident lasse sich



Der amerikanische Industrielle Andrew Carnegie in einer Illustration aus dem Jahr 1913

bei seiner Unterstützung antikommunistischer Rebellen zu sehr von rabiaten Heritage-Ideen leiten. Auch im folgenden Jahrzehnt blieb sie mächtig. 1994 half sie dem Republikanischen Minderheitsführer im Repräsentantenhaus Newt Gingrich, sein konservatives Wahlmanifest „Contract with America“ zu schreiben. Damit gewann die Partei erstmals seit 1957 wieder die Mehrheit in der großen Kammer. Selbst ein Präsident

der Demokraten griff Ideen der Stiftung auf: Bill Clinton übernahm 1996 einige ihrer Empfehlungen in sein Sozialstaatsreform-Gesetz. Unter George W. Bush aber liefen andere rechte Stiftungen Heritage den Rang ab, innenpolitisch war er ihr zu gemäßigt, außenpolitisch zu interventionistisch.

Erst der Kampf der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung gegen Barack Obamas Gesundheitsgesetz verlieh Heritage neuen Schwung. Sie machte einen ihrer Vertreter zum neuen Präsidenten: Jim DeMint, Senator aus South Carolina, gab 2012 sogar seinen Parlamentssitz auf, um die Stiftungsleitung zu übernehmen. Mit 900 000 Dollar Jahresgehalt war er der bestbezahlte Thinktank-Chef in Washington – als Senator hatte er nur 174 000 Dollar verdient. DeMint politisierte die Arbeit von Heritage weiter und machte sie kämpferischer. Er ließ auf dem New Yorker Times Square eine riesige Plakatwand gegen Obamas Gesundheitsreform anbringen mit den Worten: „Warnung. Obamacare kann Ihre Gesundheit gefährden.“ Viele Wissenschaftler verließen die Stiftung, weil der neue Chef ihre Analysen auf Linie brachte oder gar nicht veröffentlichte.

„Warnung. Obamacare kann Ihre Gesundheit gefährden.“ Viele Wissenschaftler verließen die Stiftung, weil der neue Chef ihre Analysen auf Linie brachte oder gar nicht veröffentlichte.

MIT TRUMP WOLLTE HERITAGE anfangs nichts zu tun haben. Während der Vorwahlen der Republikaner nannten ihn



führende Vertreter einen „Clown“, „voll von Widersprüchen“ und „keinen Konservativen“. Als sich der Immobiliencycoon und TV-Star allerdings die Kandidatur gesichert hatte, stellte sich Heritage hinter ihn. Beide verstanden, dass sie einander brauchten. Denn als politischer Novize und Überraschungssieger kannte Trump bis auf ein paar Wahlkampfhelfer, Fernsehkommentatoren und Milliardärskumpel kaum Leute für Regierungsämter. Heritage hingegen hatte seit 2014 einen Datensatz mit 3000 konservativen Aktivisten aufgebaut, die in eine Republikanische Administration eintreten wollten.

Hunderte von ihnen bekamen Jobs unter Trump. Besonders wichtige Posten gingen an 66 Heritage-Mitarbeiter oder -Alumni wie Betsy DeVos als Bildungsministerin, Mick Mulvaney als Haushaltsdirektor oder Scott Pruitt als Leiter der Umweltbehörde. Feulner, Gründer und Langzeitpräsident der

Übertragung aus dem
Sitzungssaal des US-
Repräsentantenhauses in
Washington, Januar 2023

Wenige Monate nach seiner Amtsübernahme bedankte sich Trump in einer Rede bei Heritage und Jim DeMint

Stiftung, triumphierte: „Feulner's erstes Gesetz lautet: Personen sind Politik.“ Sie transportierten die Heritage-Agenda in die Regierung, darunter die leichtere Vergabe von Ölbohrlizenzen, das Abschaffen der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel, die Rücknahme von Obamas grünen Energie-Vorschriften oder die Ablehnung der Homo-Ehe. Wenige Monate nach seiner Amtsübernahme bedankte sich Trump in einer Rede bei Heritage und DeMint: „Diese Leute waren fantastisch, sie waren echte Freunde.“ Und Feulner versicherte ihm, Heritage bleibe „Donald Trumps Lieblings-Thinktank“.

Ganz so kam es dann doch nicht. Das lag erstens daran, dass sich Trump als zu impulsiv, unabhängig und beratungsresistent erwies, als dass er sich vor den Wagen einer einzelnen Stiftung spannen ließ. Zweitens waren in der Regierung auch viele Establishment-Republikaner

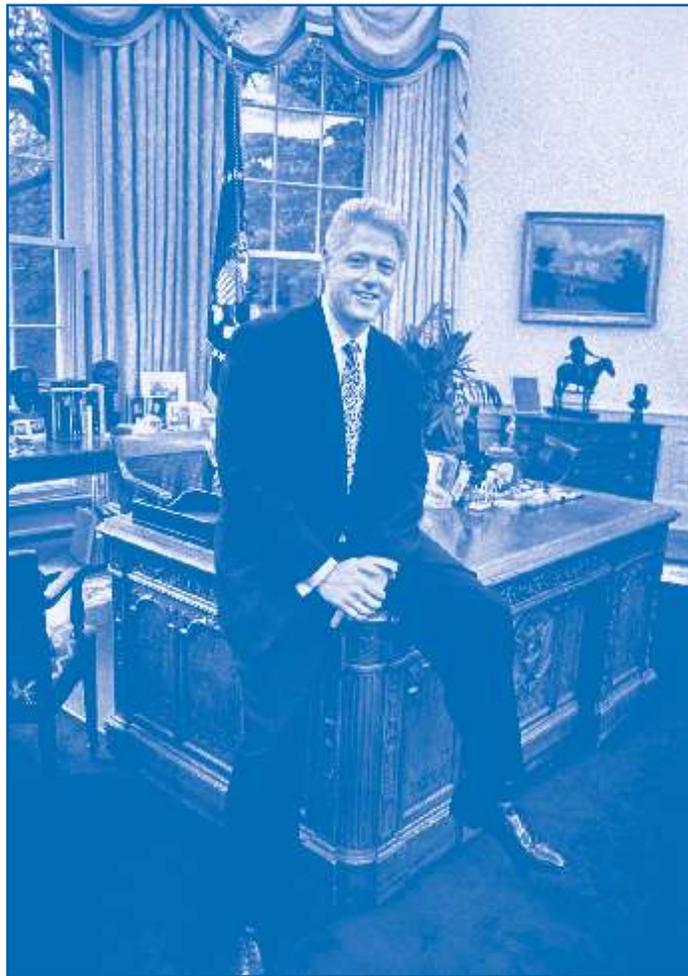
und Generäle vertreten, die die reine Lehre von Heritage verwässerten. Und drittens buhlten neue Scharfmacher in der rechten Thinktank-Szene erfolgreich um Trumps Gunst. Das paläokonservative Claremont Institute stellte intellektuelle Schützenhilfe selbst für dessen gefährlichste Ideen wie das Leugnen der Wahlniederlage und den Sturm auf das Kapitol bereit. Dessen Rechtsexperte John Eastman versicherte dem Präsidenten sogar, sein Vize Mike Pence könne und müsse die Zertifizierung von Bidens Wahlsieg am 6. Januar 2021 verhindern.

Je stärker sich der abgewählte Trump in seinem Luxusanwesen Mar-a-Lago in Rage redete, desto mehr fanden extremere Stimmen bei ihm Gehör. Die neuen

**Hintergrund:
Szene während
einer Demonstration
unter dem Motto
„No to Marxism in
America“ in Berkeley,
August 2018**

**US-Präsident Bill
Clinton im Oval
Office, Juni 1996**

Politikstiftungen bemühten sich erst gar nicht um den Anschein wissenschaftlicher Betätigung. Das 2017 gegründete Conservative Partnership Institute sieht sich als verlängerter Arm seiner Make-America-Great-Again-Bewegung (MAGA) und schulte Politiker und ihre Stäbe unter anderem darin, aggressiv gegen die Biden-Regierung vorzugehen. Sein Rechenschaftsbericht von 2021 gebrauchte „kämpfen“ 27 Mal auf 48 Seiten. 2020 entstand American Compass mit dem Ziel, die traditionell unternehmerfreundliche Republikanische Partei in eine der Arbeiter umzuformen. Seine Aktivisten fluten das Internet mit Artikeln und Podcasts, die Trumps Wirtschaftspopulismus argumentativ unterfütterten. Kurz darauf rief





Brooke Rollins, eine von Trumps Beraterinnen, das America First Policy Institute ins Leben. 2023 beschäftigte es 172 Personen, darunter acht Minister und 20 weitere hochrangige Mitarbeiter aus seiner Regierung.

Um den Status als Nummer eins unter den konservativen Thinktanks zu verteidigen, musste der Platzhirsch Heritage weiter nach rechts rücken. Ende 2021 holte die Stiftung den Hardliner Kevin Roberts als Präsidenten, damit er sie näher an Trump heranzuföhre. Unter ihm wiederholte Heritage Trumps Lüge vom Wahlbetrug und sammelte angebliche Beweise dafür. Und angesichts der neuen Konkurrenz wies sie immer lautstärker auf ihren Einfluss hin. 2022 veröffentlichte sie in ihrem Rechenschaftsbericht folgende Leistungsbilanz: 6435 Interviews, 1248 Meinungsstücke in Zeitungen und Zeitschriften, 2,9 Millionen Follower in den sozialen Medien, 5324 Zitate in Büchern und Artikeln, 25 Kongressanhörungen, 67 Briefings für Kandidaten für politische Ämter, 178 Publikationen. Auf ihrer Homepage bezeichnete sich Heritage als „The World’s Leading Think Tank for Policy Impact“. Für politische Stiftungen ist das Image überlebenswichtig: Nur wenn Geldgeber glauben, die von ihnen geförderten Thinktanks bewirken etwas in der Politik, spenden sie eifrig.

ALS HAUPTGEWINN für Heritage erwies sich das „2025 Presidential Transition Project“ oder kurz „Project 2025“. Keine andere ihrer Initiativen bekam mehr öffentliche Aufmerksamkeit. Ursprünglich war sie „ein Sammelsurium von Vorschlägen einer diversen rechten Autorschar“, wie der beste deutsche Kenner der konservativen Thinktank-Landschaft Manfred Groß argumentiert. Tatsächlich schrieben an „Project 2025“ viele andere rechte Denkfabriken mit. Heritage bot ihnen freilich ein organisatorisches Dach und stellte den Plan im April 2023 öffentlichkeitswirksam vor. Alle Autoren verband die Hoffnung auf eine Rückkehr Trumps ins Weiße Haus. Roberts nannte „Project 2025“ sogar die „Institutionalisierung des Trumpismus“.

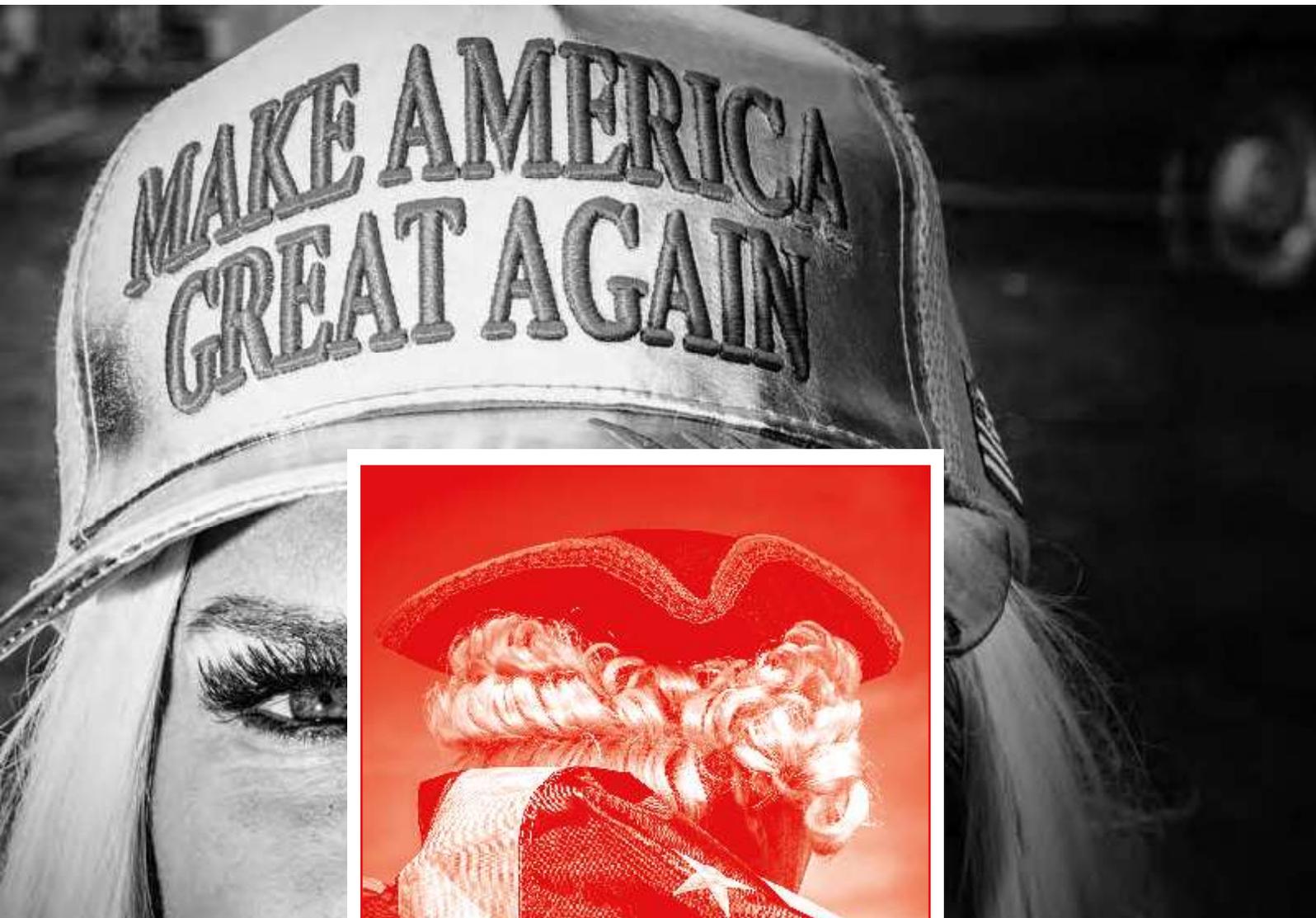
Fast alle Verfassungsjuristen betrachten das „Project 2025“ als Gefahr für Rechtsstaat und Gewaltenteilung

Seine wichtigsten Ideen spiegelten folgerichtig die Allmachts- und Rachefantasien ihres Idols: die Einheitliche Exekutivtheorie einföhren, die dem Präsidenten die komplette Kontrolle über die Regierung zuspricht – sogar über Justizministerium, CIA und FBI; die Verwaltung zerstören, die als „tiefer Staat“ die Umsetzung von Trumps Politik behindert; alle illegalen Einwanderer mithilfe der Streitkräfte festnehmen und abschieben; die staatliche Krankenversicherung für Alte und Arme zurechtstutzen; Pornografie und Abtreibungspillen verbieten; Bildungsministerium und Zentralbank sowie alle DEI-Programme (Diversität, Gleichberechtigung und Integration) abschaffen. Gleichzeitig legte Heritage eine Datenbank mit 20 000 MAGA-Loyalisten an und schulte Tausende online für die Übernahme von Regierungsämtern. Die Lehre aus Trumps erstem Amtsjahr 2017 sei, so Roberts, dass die „Administration, trotz bester Absichten, einfach einen langsamen Start hatte. Und Heritage und unsere Verbündeten im ‚Project 2025‘ glauben, dass sich das nie wiederholen darf.“

Fast alle Verfassungsjuristen betrachten „Project 2025“ hingegen als Gefahr für Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Bürgerrechte und Trennung von Kirche und Staat. Auf dem Demokratischen

Parteitag im vergangenen August zitierten Redner die provokantesten Passagen. Angesichts der scharfen Kritik distanzierte sich Trump im Wahlkampf von dem Programm. Auf seinem Internetkanal Truth Social schrieb er, er kenne „Project 2025“ nicht, wisse nicht, wer dahinterstehe, und finde einige Vorschläge „lächerlich und miserabel“. Glaubhaft war das nicht, weil viele enge Gefolgsleute an dem Papier mitgeschrieben hatten und Trumps Name auf den knapp 900 Seiten 300 Mal fiel. Auf jeden Fall ging Heritage in den letzten Wahlkampfmonaten auf Tauchstation. Deren Präsident Roberts begründete das mit den Worten: „Keiner von uns im ‚Project 2025‘ nimmt Trump die Erklärung übel, denn wir verstehen, dass er der Bannerträger ist und er hier eine politisch-taktische Entscheidung trifft.“

Nach seinem Wiedereinzug ins Weiße Haus griff Trump so auch stark auf „Project 2025“ zurück. Die meisten der mehr als 150 Dekrete in seinen ersten vier Amtsmonaten – so viele erließ sein Vorgänger in vier Jahren – stammen aus diesem Drehbuch, viele wichtige Regierungsmitarbeiter holte er aus seinem Autorenkreis: CIA-Direktor John Ratcliffe, Grenzzar Tom Homan, den Berater für Handelsfragen Peter Navarro, den Leiter der Kommunikationsaufsicht Brendan Carr – und Russell Vought, den Chef des mächtigen Haushaltsbüros, der den Verwaltungsapparat zerstören will. Elon Musks Doge-Department zur Einschüchterung der Berufsbeamten entspringt eins zu eins dem Pamphlet. Das alles dokumentiert indes nicht die Rückkehr von Heritage zu alter Stärke. Denn die wichtigsten Vordenker von „Project 2025“ kamen von anderen konservativen Stiftungen und treiben Heritage mittlerweile vor sich her. Für den Thinktank-Experten Groß ein Indiz, dass die Revolution ihre Kinder verschlingt. Ein weiteres: Nach Trumps Wahlsieg im vergangenen November war es das America First Policy Institute, das in Mar-a-Lago die größte Party schmiss, nicht Heritage. Überhaupt bleibt Trump auch in seiner zweiten Amtszeit Trump: zu undiszipliniert und opportunistisch, als dass ihn irgendjemand dauerhaft kontrollieren könnte.



Unterschätzen sollte man Heritage trotzdem nicht, mit großer Energie kämpft es um Platz eins im Universum der Trump-Flüsterer. Für seinen aktuellen Kulturkampf gegen Elite-Universitäten liefert sie beispielsweise Begründung und Handlungsanleitung. Direkt nach dem Hamas-Terrorüberfall auf Israel am 7. Oktober 2023 lancierte Heritage „Project Esther“. Es zielt darauf ab, die Pro-Palästina-Bewegung an Schulen und Universitäten, in Verbänden und im Kongress zu zerschlagen. Das geht weiter als alles, was die prinzipiell israelfreundlichen demokratischen und republikanischen Regierungen in den USA bisher ohnehin taten. Insbesondere die Mittel, die Heritage vorschlägt, sind präzedenzlos: Palästinafreundliche Lehrer und Dozenten

Ein Unterstützer von Donald Trump in einer Aufmachung aus der Zeit des amerikanischen Bürgerkriegs

Hintergrund: Eine Trump-Wählerin mit MAGA-Mütze bei einer Veranstaltung in Uniondale nahe New York, September 2024

feuern, Lehrcurricula bereinigen, Regierungszuschüsse für unkooperative Institutionen streichen, ausländischen Studenten, die Palästinenserrechte unterstützen, die Visa entziehen oder sie deportieren.

Damit besaß der Präsident eine Vorlage, als er Anfang April seinen Feldzug gegen Columbia und Harvard begann. Robert Greenway, Direktor für nationale Sicherheit bei Heritage und Mitverfasser von „Project Esther“, triumphierte, es sei „kein Zufall, dass wir eine Reihe von Maßnahmen privat und öffentlich gefordert haben, die jetzt stattfinden“. Wann immer Trump also Gegner seiner Politik unter Druck setzen und seine Macht ausweiten will: In „Project Esther“ und „Project 2025“ findet er einen Masterplan. ●